



Ercheint täglich Nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Abonnementpreis
Vierteljährlich für Halle und durch
die Post bezogen 2 Mark.

Nr. 243

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Nietschmann,
Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschluß Nr. 289.

Freitag, den 17. Oktober 1890.

Inserionspreis
für die fünfzehntägige Corru-
pelle oder deren Raum 12 Bf.

Reclamen
vor dem Anzeigensender die drei-
gehaltene Zeile oder deren
Raum 30 Bf.

91. Jahrgang.

Vom polnischen Reichstage in Halle.

(Dritter Tag.)

** Halle, 16. Oktober.

Gestern wehte im Hosiäger ein gefährlicher Wind. Die gemäßigete Richtung hatte das Oberwasser, und das ist die Gefahr, denn diese Richtung erkämpft mit veredelter Wirt, mit jenseitigen Mitteln dasselbe letzte Ziel, das die radikale Richtung mit der rohen, cynischen Offenheit und brutaler Gewalt erkämpfen will. In ihren Endzielen sind beide Richtungen einig, nur die Art ist verschieden. So sehr wir auch Ursache haben mögen, die auf dem polnischen Reichstage der Sozialisten zu Tage getretene, unzulängbare Spaltung zu begrüßen, als Symptom zu begrüßen, daß die unzulänglichen Elemente im Kampfe gegen die Gesellschaft noch Zeit und Gelegenheit finden, sich selbst auf den Hütern herumzutrompeln, so sehr haben wir alle Ursache, den moralischen Einbruch, den der Parteitag als sozialistisches Parlament am miniature auf die dieuchternd fanatisierten Revolutionäre gemacht hat, in seinen Konsequenzen auf die Agitation zu fürchten. Politisch will den wirtschaftlichen Krieg in die dem Reich politisch noch nicht vollständig angelegten Landesstellen, in Clash-Vorbringen und den polnischen Provinzen einschleusen.

Liebnecht erklärt, die Massen über ihre Klassenlage aufzuklären, die dann von selbst sich von dem Gottesglauben abwenden würden. Nebel will die Sprengung des deutschen Reiches, um der Internationale Thür und Thor zu öffnen, Liebnecht vernichtet die Kirche, um den modernen Staat zu ermöglichen, obgleich er die Parole auspricht: „Wenn wir gegen den heutigen Staat ankämpfen und die Arbeiter für den Klassenkampf gewinnen, arbeiten wir gleichzeitig gegen Gottesglauben.“ Auf der einen Seite der christliche Landesrath, auf der anderen die cynische Revolution, öffentlich empfohlen, der gefüllten Saal und Gallerien, vor fanatisierten Anhängern des Unmuthes, die sich im Glanze ihres Mandats sonnen. Wenn das keine die Sicherheit des Staates gefährdende Anreizung bedrohlicher Art ist, dann allerdings wissen wir nicht, was Anreizung ist. Das kann ja recht nett werden. Die vierhundert, durch ihr Mandat privilegierte Agitatoren, die da mit breitem Behagen unter dem roten Banner des Unmuthes den Worten ihrer Führer lauschten, werden nach ihrer Fozion, nach ihrer Intelligenz, die breiten Massen darin bearbeiten. Was hier wie Honiglein aus dem Munde der Führer fließt, wird in dem Munde der kleinen Agitatoren zu giftigen Geifer. Wir haben das Sozialistengesetz nicht mehr, wir können es missen, denn es hat als Ausnahme-gesetz die bürgerlichen Parteien gespalten, die Bebel und Liebnecht und ihre Trabanten werden es aber bald bringen, daß die Krone, Staat und Gesellschaft zum Schutze, den großen Belagerungsstand in Permanenz erklärt. Zum Reichstagen hat Krone und Gesellschaft noch andere Mittel als das Sozialistengesetz, und dazu ist dieser Freiheit der Anreizung gegenüber heute etwas mehr auf vorhanden, als vor dem 1. Oktober. Den letzten Zielen der Sozialdemokratie gegenüber, die gestern durch die Vebrecht'sche Programmrede wieder als die Montierung der sozialdemokratischen Irreführer den vierhundert Gläubigen gezeigt wurden, bleibt der Gesellschaft nur die Wahl der Prüfsche übrig, alles Andere wäre Selbstverfümmelung. Zum Schluß nur noch die Frage an Herrn Liebnecht: Was würden Sie im sozialdemokratischen Staate thun, wenn auf einem nicht sozialdemokratischen Partei-Congress ein Redner so gegen den sozialdemokratischen Staat ansetzt, wie Sie gestern gegen den modernen Staat und die bestehende Gesellschaftsordnung aufgereizt haben? Wir bitten um Antwort!

Zu den Steuerreformen.

?? Berlin, 15. Oktober.

Man schreibt uns von sachverständiger Seite: In der Presse begegnet man seit einiger Zeit Ansetzungen über die projektirten Steuerreformpläne, welche theils den Tagelöhner vorauseilen, theils in der Spezialität der Pläne und Karteggio der Absichten der Regierung fehlgehen dürften. So beruht die Annahme, daß nur Gehaltswürde für Veränderung und Umgestaltung der Einkommen- und Gewerbesteuer dem Staatsministerium und dann dem Landtage vorgelegt werden sollen, unrichtigkeit auf Irrthum. Es fanden und finden unausgesezt Erwägungen und Erhebungen auch auf allen anderen Gebieten der Verbesserung statt, und es hängt ganz

und gar von dem Fortschreiten dieser Arbeiten und Erhebungen und besonders von dem Ergebnis der verückswerten Veranlagungen ab, die in verschiedenster Form in Provinz und Stadt vorgenommen werden, welche Reformentwürfe zum Abschluß und beim Landtage zur Verlage kommen werden. Die ganze Steuerreform ist überhaupt nur als ein Ganzes zu betrachten, dessen einzelne Theile miteinander organisch verknüpft sind. Es ist klar, daß eine Aenderung der bestehenden Steuern im Sinne der Entlastung der Bevölkerung nur dann vorgenommen werden kann, wenn es möglich ist, gleichzeitig an anderer Stelle einen Erlas für jenen Ausfall zu finden. Mit der Herabminderung der Gewerbesteuer oder der ganzen oder theilweisen Ueberweisung der Beiträge der Grund- und Gebäudesteuern an die Gemeinden, Kreise oder Provinzen muß daher die Erleichterung anderer Einkunftsquellen für den Staat Hand in Hand gehen. Aus diesen Grunde sind alle Steuerreformpläne mehr oder weniger gleich weit vorgeschritten und werden mit allen Entwürfen Probeveruche in den verschiedensten Gegenden des Staates angestellt. Die ganze Vergangenheit des Finanzministeriums, besonders auch seine hervorragende Reformthätigkeit in einem großen städtischen Gemeinwesen bürgen dafür, daß er die Lösung der Steuerfrage durchaus praktisch ansieht. Um dem Mangel an Erhebungs-material abzuwehren, werden die schon erwähnten Probeveranlagungen veranstaltet, wobei für jede Art der Besteuerung mehrere Entwürfe zu Grunde gelegt werden. Aus diesem Grunde sind auch alle die Meldungen, welche ganz bestimmte Angaben über Art der Aenderung des Einkunftsverhältnisses, über Organisation der Veranlagungsorgane u. dergleichen, verstreut. Es sind hierüber selbst an maßgebender Stelle noch keine bestimmten Beschlüsse gefaßt.

Bestandere Aufmerksamkeit wird der Reform der Erbschaftsteuer gewendet. Es finden nach dieser Richtung die eingehendsten und vielseitigsten Erhebungen statt, die wohl bald zum Abschluß gelangen werden. Von allgemeinerem Interesse dürfte die Ansicht sein, die Erbschaftsteuer mit der Kapitalertragsteuer zu kombinieren, um eine wirksame und gerechte Besteuerung des Renteneinkommens zu erreichen. Da diese auf direktem Wege nicht durchzuführen ist, man vielmehr mit der verchiedentlich unzulässigen Indirekten gemacht hat, so liegt es in der Absicht, auf indirektem Wege eine Verbesserung der Capitalrenten zu erzielen, indem man das Kapital beim Erbfall — auch auf Kinder oder Enkel — besteuert.

Sobald die Ergebnisse der Probeveranlagungen in der Provinz an das Ministerium zurückgeführt sind, wird die Entscheidung für oder wider die verchiedenen Entwürfe in kurzer Zeit getroffen und an die Redaktion der Gesetzesvorlagen geschickt werden. Daß diese zusammenfassenden Arbeiten nicht viel Zeit in Anspruch nehmen werden, dafür bürgt die ganze Arbeitsweise unserer Behörden. Es ist danach nicht auszusprechen, daß die Vorlagen schon im November fertiggestellt werden; es läßt sich jedoch hierüber zur Zeit nichts Bestimmtes sagen.

Congress der Sozialdemokraten Deutschlands.

[Nachdruck verboten.]

Halle, 15. Oktober, Abends.

Dritter Tag. (Schluß.)

Es sind etwa 40 Anträge eingegangen. Darunter befindet sich ein Antrag von den Oben der Genossen: „Die gelammte sozialdemokratische Parteipresse müsse Ehrenheim der Partei werden.“ Ein weiterer Antrag fordert die Aufhebung der großen Summen für die Reichsämterliteratur, ganz besonders für Christen, die für die landliche Bevölkerung bedrohlich sind. Im Weiteren wird die Auslegung eines Gesetzes für die best. Agitationsarbeit für die landliche Bevölkerung beantragt. Die Genossen von Wurzburg stellen folgenden Antrag: „In Anbetracht des Eintrags der antipolitischen Bewegung auf immer weitere Kreise und der verwickelten Komplexion, welcher sich die Antikommunisten heftig gegen die Sozialdemokraten bedienen, beschließt der Congress, daß die Partei die Parteigenossen warnung, in irgend einer Weise unterthüt, damit am Herde der antipolitischen Agitation eine feste Gegenagitation entwickelt werden kann.“ Die Bauhener Genossen beantragen: Die sozialdemokratische Reichsämterliteratur zu veröffentlichen, alle von ihr beabsichtigten selbstständigen Gegenmittel, vor deren Einbringung in Reichstags der Gesamtpartei durch bereits vorhandene und beabsichtigte Antipolitischen. Dringliche Fälle sollen ausgenommen sein. — Ein weiterer Antrag lautet: „Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, insbesondere der Reichstagsabgeordneten, das zu wissen, daß die Verbindungen der Einzelnen aufgelöst werden und daß die Arbeiter, Arbeiterinnen, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, in der Landwirthschaft, Fortwirthschaft, Gärtnerei, Fabrikwesen, in der Binnen- und Seefahrt, in der verchiedenen Dienstleistungen beschäftigt werden, der deutschen Gewerbeordnung unterthüt werden.“

Einige Parteigenossen beantragen: die Begründung eines Parteitagens für alle Provinzen und die Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel aus der Parteikasse. — In einem Antrag wird verlangt, daß den Parteien des Sozialistenge-

lehes der Dank der Partei ausgesprochen, gleichzeitig aber die Staatsregierung eine Resolution übermittelte werde, in welcher erklärt wird, daß es mit der Aufhebung eines Reichstages nicht vereinbar sei, daß nach der Aufhebung des Reichstages Gelezes deutsche Staatsbürger im Gefängnis schmachten. Es sei daher Pflicht der Staatsregierung, die Aufhebung der bezüglichen Strafbestimmungen auszubereiten.“ — Auerbach der bezüglichen Beschlüssen beantragt: „Der Parteivorstand wird verpflichtet, allenfalls eine Agitationsnummer, gerichtet an die indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erlassen.“ — Ein Antrag verlangt: die Agitationsdemonstration fünfzigmal allgemein am ersten Sonntag im Mai zu veranstalten. Abgeordneter Liebnecht beantragt: den 1. Mai demütig als Arbeitstierstag zu machen und wo an diesem Tage Gindernisse im Wege stehen, Umzüge und Feste an den ersten Sonntag im Mai zu versetzen. — Sietner und Hoffeder Sozialdemokraten beantragen: Bei Etichnahmen zwischen den bürgerlichen Parteien haben sich die Sozialdemokraten der Agitation zu enthalten.

Am heutigen Tag mit Agitation wurde die Generalabsicht über den Organisationsentwurf fortgesetzt und schließlich beschlossen: den Entwurf einer 25 gliedrigen Commission zur Vorberathung zu überweisen. — Der Vorkühner, Abg. Dieb stellte abdam mit, daß im Vorzimmer ein Berliner Regierungsrath und ein Reichstagsabgeordneter aus Sachsen anwesend seien. Es wurde nun die Frage gestellt, was das Programm zu machen ist. Er (Dieb) sei der Meinung, daß die Dexten dem Congress nur sehr willkommen seien. (Geheißes Bravo). — Den folgenden Gegenstand bildete das Programm der sozialdemokratischen Partei. Der Referent, Abg. Liebnecht: Er habe keine Programmrede zu halten, sondern wolle nur über das Programm sprechen. Das bisherige Programm, das 1875 auf dem Congress zu Gotha festgelegt wurde, sei ein Compromißprogramm, da damals die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Partei“ und die sozialdemokratische Arbeiter-Partei, die sogenannten Glieder der Partei, vereinigt waren. Unter diesen Compromißprogramm sei selbstverständlich keinerlei Angaben von Grundrissen zu verstehen, dies sei bei einer Partei wie der sozialdemokratischen, die die Aenderung der heutigen Gesellschaftsordnung beabsichtigt und sich auf der nationalökonomischen Wissenschaft aufbaue, nicht denkbar. Allein da die Sozialdemokratie weder eine bündelnde noch eine richtende Partei anstrebe, so könne sie auch keinen positiven Vorschlag, das heißt kein Programm als Autorität anerkennen und zwar umso weniger, da die Wissenschaft unanfechtlich vorliegt. Das Programm wäre im Laufe der Jahre wohl auch den veränderten Verhältnissen entsprechend geändert worden, wenn das Sozialistengez dies nicht verhindert hätte. Im Kompromißprogramm kein Programm ändern. Was nun den Namen der Partei angeht, so sei im Jahre 1875 der Name „sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ beschlossen worden. Es werde nun beantragt: die Partei „sozialdemokratische Arbeiter-Partei“ zu nennen. Der Referent: das Wort „Arbeiter“ zu streichen. Es sei nicht bestimmbar. Wenn auch einige die Arbeiter, die der Bourgeoisie angehören, an dem Kampfe der Arbeiter theilnehmen, so seien das doch immer nur Ausnahmen. Die Verschärfung der heutigen Kapitalisten-Verhältnisse könne nur von den Arbeitern selbst geschehen. Es werde im Weiteren verlangt: der Satz in dem Programm „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums“ sei falsch, da auch die Natur Reichthum hervorbringe. Das sei ein Irrthum. Die Natur ohne gesellschaftliche Arbeit könne keinen Reichthum erzeugen. Oben den Vorschlag: „der Arbeiterklasse gegenüber sind alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Macht“, welche eingewendet: das lasse sich nicht aufreihen, da die Sozialdemokratie genöthigt sei, ein gutes Stück Weges mit der bürgerlichen Demokratie zu gehen. In Deutschland liegen die Verhältnisse so, daß in gewissen Dingen ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie notwendig sei. Allein dies sei kein Einbringungsgrund, sich rechtzeitig von der bürgerlichen Demokratie zu trennen. Während des Parier Communalkampfes habe es sich auf ein Erbden erwiesen, daß die Arbeiterklasse gegenüber alle anderen Klassen eine reaktionäre Macht sei. Demnach sei die Commune von der Frankfurter Zeitung bis zur Kreuzzeitung angegriffen worden. Nur Dr. Guido Wolf behauptet die Mannhaftigkeit in seiner „Wage“ für die Parier Commune einzutreten.

Auf dem Congress in Baden 1880 dem ersten nach dem Sozialistengez wurde das Wort „gesellschaft“ aus unserem Programm gestrichen. Damit haben wir fernere Weges ausgesprochen, daß wir etwas Ungeheures begehren wollten. Allein durch das Sozialistengez wurden wir ausserhalb des Gesetzes gestellt. Wir konnten uns nicht zeigen ergeben, sondern wir mußten gegen dies Gesetz einen Kampf führen. Das konnten wir selbstverständlich nicht, indem wir uns auf den Boden dieses Gesetzes stellen. Es ist uns in auch gelungen, die Hefen dieses Gesetzes zu brechen. Ich halte es für gleichgültig, ob das Wort „gesellschaft“ wieder in unser Programm aufgenommen wird. Weiteres ist klar und deutlich genug. Das was nicht für die Erklärung von Grund und Boden als Gemeinwesen ist, ist unangehen. Es habe schon im Jahre 1869 auf dem Congress der Internationalen Arbeiter-Association, auf den ich von der damaligen Glieder Partei delegirt wurde, für das Gemeinwesen von Grund und Boden mich erklärt. Die Forderung ist für die Sozialdemokraten keine besondere, sondern nur ein Theil der allgemeinen sozialen Frage, deshalb ist die Gleichberechtigung den Frauen mit den Männern für uns etwas Selbstverständliches. Das Wort „ernstes Vorgehen“ wird in dem Programm zu streichen sein. Ein ebernes Vorgehen giebt es nicht; Vassalle dies aber allerdings als Agitationsmittel und zwar mit großem Glück angewendet. Ebenso hat sich die Forderung betriebs- und abholatorische Fülle unentgeltlich zu erhalten. Deshalb müssen Kerze und Reichthumswärte Staatsbeamte werden. Der Vorschlag in dem Programm: „Religion ist Privatangelegenheit“ ist wieder angegriffen worden. Allein zunächst muß ich bemerken, daß die treuevolle Bewegung in den Zeiten der Revolution nicht die geringste Rolle gespielt hat. Diejenigen die die gewaltigen die Religion aus

Deutsches Reich.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht gestern den allerhöchsten Erlass, betreffend die Errichtung eines Colonialrathees. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

Ich genehmige, daß bei der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes als leitender Behörde für coloniale Angelegenheiten ein Colonialrathe errichtet wird und beauftrage Sie, die hierzu erforderlichen Anordnungen zu treffen. Potsdam, den 10. October 1890. Wilhelm. V. Capriol.

Der Reichsanzeiger schreibt: Der Generalgouverneur Graf v. Nolte vollendet Sonntag, den 26. October d. J., sein 90. Lebensjahr. Das diesem Anlaß hat Se. Majestät der Kaiser und Königin zu befehlen geruht, daß Tags zuvor in den Unterrichtsanstalten der regelmäßige Schulunterricht ausfalle und eine entsprechende Schulfreier stattfinden. Mit der Ausführung dieses allerhöchsten Befehls ist der Unterrichtsminister beauftragt.

Die „Liberalen Correspondenz“ weiß aus angeblich „durchaus zuverlässiger“ Quelle zu melden, es würden auch die Vorlagen betreffend die Abänderung der Erbschafts- und der Liebessteuer und der Umwandlung der Grund- und Grundsteuer an die Communalverbände dem Landtage alsbald zugehen.

Nach der „Kreuzzeitung“ finden starke Goldkäufe Rußlands an der Berliner Börse durch Reichs- rüder und Reichsbank statt zur Ausübung der Verbesserung der Rubelkurse. Neuerdings wurden etwa 30 Millionen gekauft.

Aus kolonialen Kreisen schreibt man uns: Major v. Wissmann, der vorerhand hier zu sehen wünschte, um die weitere Entwicklung der kolonialen Angelegenheiten, insbesondere auch die Stellungnahme der Reichsregierung zu denlehen, sowie zu seiner (v. Wissmanns) weiteren Verwendung im kolonialen Dienst abzuwarten, hat auf einen von sehr hoher Stelle geäußerten Wunsch von der Eingabe des Gesuches um weitere Verlängerung seines Urlaubs Abstand genommen und begiebt sich demnach auf seinen Posten in Ostafrika zurück. Der Gesundheitszustand v. Wissmanns ist leider so erschüttert, daß ein Personenwechsel im Reichskommissariat in Ostafrika auf die Dauer nicht zu vermeiden sein wird. In Kolonialkreisen äußert man darüber das tiefste Bedauern, da man gerade von Wissmann auch in organisatorischer Beziehung viel erwartete. Er ist unstreitig der hervorragenste Kenner von Land und Leuten in Ostafrika und verfügt in seinem Maße über die Vorbereitungen für eine erfolgreiche Organisationsfähigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit. Die öffentliche Meinung pflegt in Wissmann nur den tapferen und umsichtigen Truppenführer zu sehen, dem es gelungen ist, die schwarzen Aufständischen zu Paaren zu treiben. Ganz mit Unrecht überhört man, daß sein Hauptverdienst die für alle Zukunft vorbildliche vorläufige Organisation der Schutztruppe und ihrer Verwaltungsangelegenheiten war. Wenn daher nach seiner Rückkehrung aus Ostafrika von seinen Kenntnissen und Erfahrungen in der Centralleitung unserer Kolonialangelegenheiten kein Gebrauch gemacht

würde, so würde man dies gerade in kolonialen Kreisen sehr bedauern. Sein Name bleibt jedenfalls mit der Geschichte unserer Kolonien eng verbunden, und Deutschland wird nicht vergessen, was es Wissmann schuldig ist. — In Berlin hat sich ein Gruppe Geschäftstreibender zusammengefaßt, welche sich mit einer Billigkeit an den Finanzminister zu Gunsten der Selbstverschärfung bei der Einkommensteuer wenden will. Andererseits wird von Seiten der Agrarier eine allem Ansehen nach lebhaft Agitation gegen die Selbstverschärfung vorbereitet, welche gleichfalls ihren Ausdruck in Druckschriften finden soll.

Bei den Erwägungen über die Fleischfrage wird, so schreibt die „Kreuzzeitung“, amest außer Acht gelassen, daß das Schweinefleisch vorab auf Grund des Seuchengesetzes erlassen worden ist. Dieser Grund wirkt noch fort. Innerhalb der Centralstelle der Reichsverwaltung ist man sich daher ganz klar, über den Verfall in der betreffenden Angelegenheit und irgend welche Verhandlungen mit anderen amtlichen Stellen sind wieder in Aussicht genommen noch werden sie für nöthig aber angebracht gehalten. Es kommt noch hinzu, daß unter den letzten Verhältnissen eine Aufhebung der Grenzsperrung gegen die Schmettne eine Abhilfe gegen die Fleischverengung in dem genannten Maße nicht bringen würde. In Ungarn ist z. B. der Bestand an Schweinen neueren Wirthschaft zufolge so gering, daß er den Anforderungen der Ausfuhr nicht genügen konnte. Selt man nun mitteltheils auch aus bestimmten Gründen an dem Standpunkte des Vorkriegsrechts fest, so verkennt man doch die Mithänge der Fleischverengung nicht und läßt das Suchen nach einer möglichen Abhilfe nicht aus den Augen.

Ausland.

Zur Frage des Regierungswechsels in Wien schreibt uns unser mit der österreichischen Regierungskreise in Fühlung stehender O.-Correspondent aus Wien: Ihr Correspondent hatte heute Gelegenheit, mit einer hochgestellten Persönlichkeit, welche zu den Hofkreisen in intimster Beziehung steht, die Frage eines Regierungswechsels in Oesterreich zu besprechen. Es ist allerdings richtig, daß Graf Taaffe nach mehr als zehn-jähriger ehrenvoller Wirkksamkeit den lebhaften Wunsch beugt, sich zurückzuziehen, und der Minister hat an maßgebender Stelle aus diesem Wunsche kein Hehl gemacht. Allein die außerordentlichen Dienste, welche der Graf Taaffe an der Spitze der Regierung geleistet hat, finden an der erwähnten Stelle volle und gerechte Würdigung, und da die politische Situation keineswegs eine solche ist, welche die Nothwendigkeit erkennen ließe, vielmehr eine Reihe dringender Angelegenheiten, die der Ausgleich in Böhmen, die Steuerreform und die Vervollständigung der Vorarbeiten mit Wien die Vertretung durch das jetzige Ministerium erfordern, so dürfte noch für eine geraume Zeit von einer Demission des Grafen Taaffe keine Rede sein. Gerade in dem Verleihen des Cabinets erblickt man die sicherste Gewähr gegen eine Ausbreitung der extremen Strömungen.

Kämpfen, haben eben noch ein Stück „Schobab“ in sich, das sie nicht los werden können. Die Kirche, welche die protestantische noch die katholische, hat die mindeste Macht ohne den Staat. Daraus, daß man einem Gläubigen gegenüber auf die Religion schimpft, jedoch man ihn nicht. Wenn man gegen die Religion anknüpfen will, dann muß man Wissen verbreiten. Die Schule und die Erziehung können am erfolgreichsten gegen die Religion anknüpfen. Diejenigen, die den Kampf gegen die Religion führen, begreifen denselben Fehler wie die protestantische Bewegung, als sie in den Kampf gegen die katholische Kirche führte. Dadurch wird der Feind bloß geführt. Wenn wir gegen den heutigen Staat antämpfen und die Arbeiter für den Klassenkampf gewinnen, arbeiten wir gleichzeitig gegen den Gottesglauben. Wenn wir aber den Atheismus den Arbeitern von vornherein zur Pflicht machen, dann werden wir selbstverständlich vielfach auf Widerstand stoßen.

Es geht mir nicht, daß im Volke Wissen verbreitet werde, daß die Schulen besser werden, dann werden wir am erfolgreichsten gegen die Religion antämpfen. Deshalb bin ich dafür, daß wir den Punkt unserer Programms „Religion ist Privatangelegenheit“ einfach streichen lassen. Wir wollen Niemandem seinen Glauben nehmen. Wir wollen die Massen zu uns heranziehen, sie über ihre Fesseln aufklären, dann werden sie sich ganz von selbst von der Gotteslehre abwenden. So ist in den letzten Tagen gefragt worden, weshalb wir die alte demokratische Forderung: „Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat“ nicht in unser Programm aufnehmen. Auch in der Forderung die Religion zur Privatangelegenheit zu erklären, ist dies doch bereits enthalten. Es ist ferner die Frage aufgeworfen worden: weshalb wir nicht die Republik als Forderung aufstellen. Es ist selbstverständlich, daß der sozialdemokratische Staat den wir erstreben, nur ein republikanischer Staat sein kann. Deshalb ist auch diese Forderung für uns überflüssig, zumal auch in republikanischen Staaten die Ausbeutung und Unterdrückung in der schlimmsten Form herrscht. Der Arbeiter beleuchtet noch in eingehender Weise die einzelnen Programmpunkte und schließt mit etwa folgenden Worten: Es ist nicht zu leugnen, daß das Programm Mängel hat, allein daß sie nicht zu uns in den letzten Jahren als Keilstein gedient. Es ist die alte Parteiführung, die von uns in den letzten Jahren vorangetragen wurde. Wohl ist dieselbe zerlegt und zerfallen worden, allein sie hat uns zum glücklichen Ziele geführt. Deshalb wollen wir diese Fahne in Ehren halten. Wenn unsere Gegner sagen: „Das Sozialisten-Gesetz war der erste Schritt“, der uns zusammenbrachte“, so sage ich: unser Programm ist das diamantene Band, das uns unüberwindlich gemacht hat. Diamant entstammt dem arabischen Worte „adamas“, das heißt „unüberwindlich“. dieses diamantene Band soll uns ferner als Leitstern im Kampfe dienen. Keine andere Partei hat so offen und so rückwärtslos ihre Ziele entworfen, als die sozialdemokratische Partei in ihrem Programm gekämpft. Die Wissenschaft und die Wirklichkeit sind unsere Waffen, mit denen wir alle unsere Feinde überwinden werden. (Schlußwort, lang und heftig.) — Der Redner schlug folgende Resolution vor: „In Erwägung, daß das auf dem Einigungs-Congress zu Göttingen 1876 angelegte Parteiprogramm obwohl es sich in den letzten 15 Jahren vortheilhaft bewahrt hat, dennoch nicht in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon auf den verschiedenen Parteicongressen ausgesprochen worden ist, beschließt der Congress, den Parteivorstand zu beauftragen, dem nächsten Parteitag die Entwurf eines veränderten Parteiprogramms vorzulegen, das jedoch mindestens drei Monate vor Zusammentritt des Parteitages zur Kenntnis der Gesamtpartei kommen muß, damit die Genossen genügend Zeit zur Diskussion derselben haben.“ — Danach wurde die heutige Sitzung gegen 7 1/2 Uhr Abends am morgen (Donnerstag) Vormittags 9 Uhr beendet.

(Fortsetzung folgt in der Beilage.)

Der Kampf um den Mannen.

Roman von Heinrich Grans.

[Nachdruck verboten.]

(Fortsetzung.)

„D, durchaus nicht. Aber erklären Sie mir, wie konnte der Graf auf eine solche Vermuthung kommen?“ — Durch seine spitzbübischen Gläubiger, von denen Sie, seit ihrem Aufentsatz in Berlin, unablässig verfolgt und überwacht werden. — Auf diese Weise wollte man erfahren haben, daß die Frau Gräfin in verschiedenen Magazine große Einkäufe in Kindersachen aller Art gemacht habe. Jedes Mädchen, jedes Mädchen, jedes Kinderbandchen wurde als Corpus delicti für ihre Vermuthung aufgestellt und macht die ganze Rottke förmlich rebellisch.“

„D, daß ist förmlich!“ rief die Gräfin, herzlich lachend. „Alle diese Listen und Wachen mit Kinderbandchen für den — zu erwartenden Majoratsbesitzer! — Ha, ha, ha!“ — D, bitte, Baron, reichen Sie mir gefälligst meinen Fächer, — dort neben dem Kamin. — Ich danke Ihnen! — Seit langer Zeit hat mich nichts so amüßig, als diese Gesandtschaft von der reichhaltigen Garderobe des künftigen Majoratsbesitzer! — Ha, ha, ha!“

„Aber ist es erlaubt zu fragen, für wen die Frau Gräfin die bedeutenden Einkäufe in diesem Artikel gemacht?“

„Das ist durchaus kein Geheimniß. Ich bin Vorsitzerin unserer Kinderbenachthaltung und des Waisenhauses, und habe es übernommen, für da Weihnachtstzeit in Berlin, wo jedenfalls die Auswahl eine größere war, die erforderlichen Einkäufe zu übernehmen.“

„Unglück nicht verständlich!“

„Ja, ja, so erklärt sich die gelinde Angst dieser Herrn, welche das Majorat und damit ihre Forderungen bereits verloren haben.“

„Aber das Gericht muß doch auf eine Person zurückzuführen sein, die man dafür verantwortlich machen könnte?“

„Glauben Sie das nicht, Gräfin; ein solches Gericht ist ein unfaßbares Etwas, welches sich unter dem Namen „alle Welt“ verbirgt, das „ondit“ der Franzosen. Und wollte man es auch ausrotten, so geht es damit, wie mit dem Gras, wenn man es auch mäht, es wächst immer wieder nach.“

„Sie mögen wohl recht haben“, entgegnete die Gräfin, „und ich bedauere nur, dadurch Ihrem Freunde, dem Herrn Grasen, Unruhe bereitet zu haben. — Doch lassen Sie mir,“ fuhr sie im Tone der Vertraulichkeit fort,

„sind die Schulden des Herrn Grasen wirklich so bedeutend, daß er sich nicht länger halten kann? und giebt es kein Mittel, sie aus der Welt zu schaffen?“

„Das war das Fahrwasser, das volle, geschäftliche, welches Uthling erwartet hatte und indem er mitzuschwimmen vermochte. Nach zog er seine Papiere hervor und gab eine ungefähre Uebersicht von den Passiva seines Freundes, von deren Größe die Gräfin keine Ahnung zu haben besahe; dann zu den Activen übergehend, zeigte er, daß dem Grafen Leo aus der Privatkasse des Grafen Hans, ihres Gemahls, ein jährliches Soulagement von 3000 Thalern ausgesetzt worden sei, welches dieser jedoch seit sechs Jahren nicht bezogen und welches dadurch gegenwärtig die Ziffer von 54 000 Mk. erreicht habe. Diese Summe zu erheben, ist er jetzt im Auftrage seines Freundes, ermächtigt, und er erbittet dazu die freundliche Vermittelung der Frau Gräfin.“

Welcher Schmeichler; ihre Augen sprühten plötzlich jenes, wie Leo sagte, magenstich-dämmerliche Feuer und um den Mund lagerte sich ein Ausdruck von betriebligtem Triumph. Den Fächer entzusehnen zusammenklappen, wandte sie sich wieder zu Uthling:

„Ihr Freund, Herr Baron, befindet sich im Zerkthum. Nachdem derselbe gleich anfangs auf jene vom Grafen Hans ausgesetzte Summe aus Stolz, oder Uebermuth, verzichtet habe, verfiel mir Gemahls, tief verletzt, anderweitig darüber.“

„Wie, Frau Gräfin?“ rief Uthling in großer Empörung, „das ist unmöglich! Wenn Graf Leo jene Summe bisher nicht erhob, so waren es Gründe eigener Art, die ihn dazu bestimmten, aber ein Verzicht hat nie von seiner Seite stattgefunden.“

„Und sind Ihnen die Gründe bekannt?“ fragte Adelheid, indem sie ihn schatz fixirte.

„Sie können mir unbedingt vertrauen, denn wir begeben uns ja in der gleichen, herzlichsten Theilnahme und Sorge für Ihren Freund.“

Die Gräfin sprach so einmüthig und wohlwollend, und sah ihn dabei so überaus gültig an, daß Baron Uthling sich täuschen lies und gefand, daß sie die Ursache davon sei, indem Leo es habe vermeiden wollen, mit ihr in irgend einer Weise in Berührung zu kommen, und da sie die geschäftlichen Angelegenheiten auf Wunsch des Grafen unumhänktig geleitet, so habe er fürchten müssen, daß eine persönliche Begegnung mit ihr unvermeidlich gewesen wäre, und so entstand die Verzögerung der Erhebung.

Der losbare Fächer zerbrach plötzlich in Adelheids Händen und die Stühle verschwanden im Kaminfeuer.

Ein Zittern überfiel die ganze Gestalt und die kleinen, spitzen Zähne bohrten sich in die entzündeten Lippen, bis sie bluteten, während der Takt des Gesichts fast grau erwichen.

„Das hatte sie nicht erwartet! Die eilige Entfremdung, welche zwischen ihr und Leo herrschte, hielt sie nicht für unüberwindlich; sie hoffte mit der ganzen Startheit ihrer Liebe, welche durch die Zeit und Entamert noch gesteigert hatte, auf seine reuige Bekehrung, und ihn dann zu halten durch ein süßes Geheimniß, welches sie beide wie mit Nadeln stechen, umschlingen würde.“

Und nun erfuhr sie, daß er sie hütete, sie verabscheute, sie mißte, wie eine Verpöchtete, daß er lieber Entbehrungen und Verfolgungen seiner Wahnigehrer erduldet, ehe er ihr „Klang“ in Auge gegenübertrat. Sie, die an einen todtstänigen Mann geknüpft, nichts auf Erden befaß, als die Erinnerung an diese erste und einzige Liebe, sie stand jetzt vernichtet vor ihrer schön geträumten Zukunft.

Mit Besorgniß gemachte der Baron die nicht beachtliche Wirkung seiner Worte; er mochte ein tüchtiger, praktischer Jurist sein, aber ein guter Diplomat war er jedenfalls nicht. In dem Wüthenden, der Gräfin die Angelegenheit in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen, verwickelte er sich mehr und mehr betrug, daß diese ihn unwillig unterdrück und sich in ihrer vollen Größe stolz erhebend, eifrig und verächtlich auf ihn niederließ:

„Lassen Sie's gut sein, Herr — Stellvertreter, ich weiß sehr, was mir zu wissen nöthig ist und werde danach handeln. Dem Herrn Grafen melden Sie gefälligst, daß die Summe zu seiner Verfügung stehen würde, sobald er den Wuth hat, sie persönlich aus meinen Händen in Empfang zu nehmen. Ein anderer Weg — mein Wort davon! — giebt es nicht! Gott befohlen.“

Damit rauschte sie, den Kopf leicht neigend, mit funkelnden Augen aus dem Salon, und ließ den armen Uthling, der ihr verblüffend nachsah, in einer höchst peinlichen Situation am Tische stehen.

VIII.

Ein Geheimniß.

Nach der großen, beschämenden Niederlage, die durch die schlaue Gräfin erlitten, fand Baron Uthling seinem Freunde gegenüber, recht klein und bedrungen da. Er war welleicht zu freigeschäftig gewesen und mußte nun zugeben, daß Leo die intrigante Dame richtiger beachtet hätte.

Doch was war nun zu thun? —

(Fortsetzung folgt.)



